

Vorwort.

Gemäß Artikel 168 der Städteordnung beehre ich mich, den Entwurf des Voranschlags für 1918 ergebenst vorzulegen.

Die infolge des Krieges auf allen Gebieten eingetretenen Teuerungsverhältnisse machen sich als wesentliche Belastungen geltend. So kommt es, daß, trotzdem bei Veranschlagung der Ausgaben wieder größtmögliche Sparsamkeit geübt wurde, und alle Beträge in Einnahme eingestellt wurden, deren Eingang mit einiger Sicherheit zu erwarten steht, die Belastung, die der Voranschlag gegenüber dem vorjährigen erfährt, wieder eine recht erhebliche ist. Der Voranschlag der Betriebsrechnung für 1918 schließt mit 6188582.19 *M.* ab, im Vorjahr dagegen nur mit 5402338.70 *M.* Die zum Teil erheblichen Mehrbeträge in einzelnen Rubriken bei Gehalten von Beamten und Bediensteten, Lehrern und Lehrerinnen, Schulverwaltern und Schulverwalterinnen und Löhnen an die Arbeiterschaft waren im vorjährigen Voranschlag zum Teil im Reservefonds enthalten und sind jetzt, wie es richtig ist, den Gehalten und Löhnen in den einzelnen Rubriken zugerechnet.

Rubrik 6, „Wasserwerke“, weist eine Minderablieferung aus der Wasserwerkstasse gegen das Vorjahr von 21823.25 *M.* auf, die im wesentlichen durch die höheren Betriebskosten des Werkes bedingt ist, und durch die Einstellung einer erhöhten Einnahme an Wassergeld nicht aufgewogen werden konnte.

Erwähnenswerte Mehrausgaben weisen die Rubriken 15 „Volks- und Fortbildungsschule“ und Rubrik 16 „Eleonorenschule“ auf. Von dem Mehr der ersteren von 89497.37 *M.* entfallen 64925.— *M.* auf Kriegszulagen, 6467.65 *M.* auf Alterszulagen für das Lehrpersonal und der Rest auf Ausgaben für Brennmaterialien, das Mehr der letzteren von 12432.28 *M.* ist in gleicher Weise zu begründen. Rubrik 22 „Gemeinnützige Zwecke außerhalb der städtischen Verwaltung“ enthält neben verschiedenen neuen Zuwendungen — worunter der jährliche Beitrag von 500.— *M.* an die freiwillige Sanitätskolonne zu den Betriebskosten eines Krankenautomobils — erhöhte Beiträge zum Deutschen Städtetag, sowie zur Großh. Zentrale für Mutter- und Säuglingschutz, wodurch die Mehrausgabe von 1977.— *M.* gerechtfertigt wird. Das Mehr von 11215.— *M.* unter Rubrik 23 „Straßenunterhaltung“ ist durch die erhöhten Arbeitslöhne und die teureren Baustoffe veranlaßt.